



Die Linke. Ratsfraktion Krefeld
Von-der-Leyen-Platz 1
47798 Krefeld
Tel. 02151-862012
dielinke-fraktion@krefeld.de

An den Vorsitzenden des Rates der Stadt Krefeld
Herrn Oberbürgermeister Frank Meyer
Von-der-Leyen-Platz 1
47798 Krefeld

Krefeld, 11.02.2016

Antrag für die Sitzung des Rates am 25.2.16/ Keine Arbeitsvermittlungen von unter 18-Jährigen an die Bundeswehr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der LINKEN beantragt, die vorbezeichnete Angelegenheit in die Tagesordnung des Rates der Stadt Krefeld am 25.02.16 aufzunehmen und folgenden Beschluss zu fassen:

- 1) Der Rat spricht sich gegen die Vermittlung von minderjährigen, erwerbslosen Jugendlichen an die Bundeswehr durch das Jobcenter aus.
- 2) Der Rat erteilt den Vertreterinnen der Stadt in der Trägerversammlung des Jobcenters die Weisung, sich dafür einzusetzen, dass keine Vermittlungen von minderjährigen, erwerbslosen Jugendlichen an die Bundeswehr durch das Jobcenter erfolgen. Die Vertreterinnen legen dem Rat zeitnah einen Bericht über ihre Bemühungen vor.

Begründung:

Seit der Abschaffung der Wehrpflicht in Deutschland bemüht sich die Bundeswehr verstärkt um Nachwuchs. Daher gehört die Präsenz in Berufsinformationszentren, Jobcentern und Arbeitsagenturen für die Bundeswehr zum festen Bestandteil ihrer Personalwerbung. Angaben der Bundesregierung zufolge wurde diese Werbetätigkeit in den letzten Jahren erheblich ausgebaut: Im Jahr 2014 wurden an Jobcentern, Berufsinformationszentren und Arbeitsagenturen 1 000 Vorträge durch Karriereberater durchgeführt (Bundestagsdrucksache 18/4525), gegenüber 500 bzw. 646 Veranstaltungen dieser Art in den Vorjahren (Bundestagsdrucksache 17/14703 bzw. 18/2325).

Diese Tendenz entspricht der in einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und der Bundesagentur für Arbeit vom 9. Februar 2010 festgehaltenen Absicht, „auf dem Feld Personalgewinnung“ zu kooperieren, „um den Streitkräften zeit- und bedarfsgerecht geeignetes Personal zuzuführen“. Im Jahr 2014 gelang es der Bundeswehr, 1032 unter 18-Jährige einzustellen. Die Einstellung und Ausbildung von freiwilligen Wehrdienstleistenden und Soldatinnen und Soldaten auf Zeit unter 18 Jahren widerspricht aber dem Anliegen der UN-Kinderrechtskonvention.

Mit freundlichen Grüßen,



Basri Cakir
Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion Die Linke. Krefeld